

Natur in der Stadt – Stadt in der Natur

Antragsteller\*in: Marcel Lukas

## Änderungsantrag zu A1

Von Zeile 2 bis 4:

geprägten Raum für eine ausreichend gesunde Umwelt zu sorgen. Sie sind wichtige Voraussetzungen zur Luftreinhaltung, zum Lärmschutz, ~~zur sommerlichen Kühlung~~ für ein ausgewogenes Stadtklima, zur Steigerung des Wohlbefindens und als Lebensraum für Tier und Mensch. Wir

## Begründung

Nicht nur im Sommer soll es zu positiv wirkenden Einflüssen durch ausreichend große Naturflächen kommen. Auch in den anderen Jahreszeiten sind diese Einflüsse wünschenswert.

Bio auf dem Feld und in der Schule

Antragsteller\*in: Robert

## Änderungsantrag zu A3

Von Zeile 32 bis 33 einfügen:

Schulen und KiTas auf mindestens 50% erhöhen, ohne dass der Eigenbeitrag zum Essen erhöht wird.

Zusätzlich sollen in allen Einrichtungen 'Schulgärten' gefordert/gefördert werden, die Kindern und Jugendlichen einen Kontakt zu Grundlagen des Pflanzenwachstums und zur Lebensmittelproduktion ermöglichen.

## Begründung

Milch kommt nicht aus der Flasche und Essen nicht aus dem Kühlregal - die Erfahrung von Wachsen und Pflege von Pflanzen kann hier erste Ansätze zum Umdenken in Konsumverhalten und Wertwahrnehmung von Lebensmitteln geben.

Urbane Räume wieder lebenswert machen – Grünflächen erhalten, Verkehr zurückdrängen, Stadtteilzentren stärken

Antragsteller\*in: Robert

## Titel

Ändern in:

Urbane Räume lebenswert machen – Grünflächen erhalten, Verkehr zurückdrängen, Stadtteilzentren stärken

## Änderungsantrag zu A4

Von Zeile 34 bis 36:

In ~~der~~den Mannheimer ~~Innenstadt~~Stadtteilen - ~~aber zunehmend ganz besonders~~ auch in ~~den~~ Stadtteilen der Innenstadt - sind und werden weiterhin zu viele Flächen versiegelt. Es fehlt an Bäumen und die Menschen sind geplagt von Massen an Autos – fahrenden wie parkenden.

Die überwiegende und ausschließende Nutzung von Straßen für fahrende und parkende Automobile soll durch ein diversifiziertes Nutzungskonzept abgelöst werden. Damit werden die Bedürfnisse der Anwohner nach Kommunikation aber auch Ruhe berücksichtigt und die Entwicklung in eine postautomobile Mobilität gefördert.

## Begründung

Superblocks wie in Barcelona lindern massive Probleme der Stadt und können den Einstieg in den Ausstieg aus der Automobilität fördern. Einen Mannheimer Weg wollen wir als Grüne entwickeln, der unter Bürgerbeteiligung die jeweils lokalen Erfordernisse berücksichtigt, aber auch erste Beispiele kreiert, damit die dahinterliegende Absicht nicht als Einschränkung, sondern als Befreiung wahrgenommen werden kann (man denke an die Widerstände bei Einführung der ersten Fußgängerzonen..)

Urbane Räume wieder lebenswert machen – Grünflächen erhalten, Verkehr zurückdrängen, Stadtteilzentren stärken

Antragsteller\*in: Patric Liebscher

## Änderungsantrag zu A4

Von Zeile 39 bis 40 einfügen:

Wir GRÜNE wollen die Aufenthaltsqualität stärken, Plätze umgestalten und begrünen sowie eine Verkehrsberuhigung ermöglichen.

Insbesondere sollen bestehende Fußgängerzonen ausgeweitet und weitere Straßen zu Spielstraßen und Fahrradstraßen umgewidmet werden. In der Innenstadt wollen wir sofort Teile von Kunststraße und Fressgasse zur Fußgängerzone machen, mittelfristig einen großen Teil der Quadrate westlich der Breiten Straße.

## Begründung

Es ist eines unserer wichtigsten Anliegen, die Lebensqualität in der Stadt durch mehr Verkehrsberuhigung und den Ausbau von Fußgängerzonen zu verbessern. Hier müssen wir möglichst konkret werden. Ein besonders wichtiges Projekt ist insofern die Ausweitung der Fußgängerzone Planken in der Innenstadt. Hier kann - ähnlich wie in Barcelona – den Menschen der öffentliche Raum Quadrat für Quadrat zurückgegeben und der Einzelhandel durch eine attraktivere Innenstadt weiter gestärkt werden.

Aufatmen, ruhig schlafen – Schadstoffe und Lärm vermeiden

Antragsteller\*in: Marko Gräßlin

## Änderungsantrag zu A5

Von Zeile 44 bis 45 einfügen:

Radverkehrs, der Ausbau von Elektromobilität und CarSharing-Angeboten sowie eine Senkung von Höchstgeschwindigkeiten (auch für mehr Sicherheit).

Durch die Förderung des Ausbaus von öffentlicher Ladeinfrastruktur soll Elektromobilität für Stadtbewohner ohne Garage ermöglicht werden

## Begründung

Für den Einfamilienhausbesitzer mit Garage ist es einfach seinen Tesla zu laden. Aber was macht der Stadtbewohner in der Mietswohnung der sich einen elektrischen Kleinwagen zulegen möchte und am Strassenrand parkt? Wenn es eine einzige Ladesäule im Stadtteil gibt und die einen Kilometer entfernt ist wird er notgedrungen beim Benziner bleiben. Wenn wir einen nennenswerten Marktanteil an Elektromobilität wollen sind das die praktischen Probleme die auf lokaler Ebene gelöst werden müssen.

Verkehrswende vorantreiben – Alternativen attraktiver machen

Antragsteller\*in: Robert

## Änderungsantrag zu A6

Von Zeile 49 bis 53:

~~Um mehr Menschen zum Umsteigen auf Bus und Bahnen zu bewegen, wollen wir GRÜNE dessen Attraktivität deutlich erhöhen. Dazu ist ein Maßnahmenbündel erforderlich, das folgende Punkte beinhalten muss:~~

Die Attraktivität des öffentlichen Nahverkehrs und der Alternativen zum Autoverkehr wird deutlich erhöht, um mehr Menschen zum Umsteigen auf Bus und Bahnen zu bewegen. Dazu wollen wir GRÜNE ein Maßnahmenbündel einbringen, das folgende Punkte beinhaltet:

1. Ausweitung des Angebots des ÖPNV durch mehr Linien und höheren Takt um schneller, häufiger und mit weniger Umstiegen und besseren Anschlüssen zu möglichst vielen

Von Zeile 55 bis 56 einfügen:

2. Sauberkeit, Pünktlichkeit und ein hohes Sicherheitsgefühl in den Fahrzeugen des ÖPNV ebenso wie an den Haltestellen sind essentiell.

Von Zeile 58 bis 59 einfügen:

Verbindungen sollen die Menschen direkter, sicherer und schneller in die Innenstadt aber auch von Stadtteil zu Stadtteil kommen.

4. Parkraumbewirtschaftung und Anwohnerparkplätze bilden die tatsächlichen Kosten für die Stadtgesellschaft ab. Der Verzicht auf den eigenen PKW durch Alternativen wie Carsharing und Umstieg auf Rad oder ÖPNV wird gefördert.

## Begründung

Deutliche Erhöhungen der Parkkosten für 'Anreisende' und leicht Erhöhungen für Anwohner verringern den Parkdruck, während für Anwohner zusätzlich Anreize, z.B. über die Klimaschutzagentur, zum Umstieg auf Alternativen zum Auto geschaffen werden sollten. So könnte z.B. die Rückgabe eines Anwohnerparkausweises und gleichzeitige Anmeldung bei einem Carsharing-Angebot oder bei einer Jahreskarte ÖPNV gefördert werden.

Verkehrswende vorantreiben – Alternativen attraktiver machen

Antragsteller\*in: Marko Gräßlin

## Änderungsantrag zu A6

Von Zeile 55 bis 56 einfügen:

2. Sauberkeit, Pünktlichkeit und ein hohes Sicherheitsgefühl in den Fahrzeugen ebenso wie an den Haltestellen sind essentiell. Der Nutzungskomfort soll durch Echtzeitinformationen über die Verkehrslage erhöht werden.

## Begründung

Echtzeit Informationen über die Verkehrslage z.B. per Smartphone App und GPS zur Verfügung zu stellen würde das Frust Potential der Nutzer bei Betriebsstörungen abbauen. An der Haltestelle zu stehen, nicht zu wissen ob die nächste Bahn kommt oder ob man lieber läuft oder ein Taxi rufen sollte ist frustrierend und führt zum Umstieg weg von öffentlichen Verkehrsmitteln. Auf der Linie 3 (damals noch Linie 7) wurde das vor ca. 15 Jahren schonmal mit Bildschirmen an den Haltestellen getestet. Heute dürfte es viel einfacher und günstiger sein, wahrscheinlich liegen die Daten bei den Verkehrsbetrieben sowieso vor und müssten nur sinnvoll allgemein verfügbar gemacht werden. Am besten gleich per öffentlicher Schnittstelle (Querverweis Open Data Strategie)

Verkehrswende vorantreiben – Alternativen attraktiver machen

Antragsteller\*in: Patric Liebscher

## Änderungsantrag zu A6

Von Zeile 58 bis 59 einfügen:

Verbindungen sollen die Menschen direkter, sicherer und schneller in die Innenstadt aber auch von Stadtteil zu Stadtteil kommen.

4. Park-and-Ride-Parkplätze sollen das problemlose Umsteigen vom motorisierten Individualverkehr auf den ÖPNV ermöglichen

5. Wir wollen – zunächst versuchsweise – die Ticketpreise für den ÖPNV an Samstagen halbieren, um mehr Menschen zu bewegen, z.B. zum Einkaufen nicht mehr mit dem Auto in die Stadt zu fahren. Der Versuch soll nach 6 Monaten evaluiert werden.

6. Wer seinen Führerschein abgibt, soll im Gegenzug ein RNV-Ticket erhalten.

7. Die Gebühren in den städtischen Parkhäusern sollen erhöht werden.

8. Car-Sharing soll weiter gefördert werden.

## Begründung

Wir wollen die Verkehrswende für Mannheim. Hierzu sind die weiteren hier dargestellten Maßnahmen förderlich. Da es sich um einen zentralen Punkt unseres Programm handelt, sollten wir hier möglichst konkret werden.

Zu 4.: Viele Autofahrer, die in die Stadt einpendeln, stehen im morgendlichen Berufsverkehr im Stau. Sie sollen durch Park-and-Ride-Parkplätze die Möglichkeit und einen Anreiz haben, außerhalb der Innenstadt auf öffentliche Verkehrsmittel umzusteigen und so schneller und umweltfreundlicher in die Stadt zu gelangen.

Zu 5. und 7.: Insbesondere samstags stauen sich lange Autokolonnen in der Innenstadt, die für Lärm und schlechte Luft sorgen. Um einen Anreiz zu schaffen, samstags nicht mit dem Auto in die Stadt zu fahren, werden samstags die Preise für den ÖPNV im Rahmen eines Versuchs halbiert. Gleichzeitig werden die Parkgebühren in den städtischen Parkhäusern erhöht. Dies kann über den Anreiz zur Verhaltensänderung hinaus zur Gegenfinanzierung der Einnahmeausfälle des ÖPNV dienen. Die Einnahmeausfälle können ferner ggfs. vom Bund zumindest teilweise erstattet werden, da Mannheim Modellstadt für einen kostenlosen ÖPNV ist. Ein komplett kostenloser ÖBNV ist in Mannheim nicht finanzierbar, das vorliegende Modell erzeugt aber weit geringere und m.E. verkraftbare Kosten für die Stadt, die durch die Erhöhung der Parkgebühren und mögliche Zuschüsse des Bundes sowie ggfs. geringere Kosten für Straßensanierungen aufgrund geringerer Inanspruchnahme durch Autofahrer\_innen zumindest teilweise gegenfinanziert werden können.

Zwar ist der ÖPNV in Mannheim nicht unter direkter Kontrolle der Stadt. Die Stadt kann sich aber in den Gremien des RNV für den dargestellten Versuch einsetzen, der ggfs. auch für Heidelberg und Ludwigshafen in Betracht kommt. Der Versuch soll nach einem halben Jahr evaluiert werden.

Die Stadt Tübingen testet zurzeit für ein halbes Jahr einen kostenlosen ÖPNV an Samstagen. Dies ist das Vorbild für den obigen Vorschlag. Allerdings sind bereits jetzt viele Straßenbahnen an Samstagen recht voll. Deshalb sollen die Kosten samstags nicht wegfallen, sondern lediglich halbiert werden. Die

Maßnahme ist nicht nur geeignet, Menschen in Mannheim zum Umsteigen auf öffentliche Verkehrsmittel zu bewegen, sondern auch Menschen, die samstags aus der Umgebung z.B. zum Einkaufen mit dem Auto nach Mannheim fahren.

Zu 6.: Insbesondere Senior\_innen sollen durch diese Regelung ermutigt werden, auf den ÖPNV umzusteigen. Ähnliche Modelle sind in Hamburg und Aachen mit Erfolg angewandt worden. In Aachen kann der Führerschein für einen Monat probeweise gegen eine Jahreskarte für den ÖPNV getauscht werden, danach muss man sich entscheiden. Dieses Modell hat sich besonders bewährt.

Zu 8.: Car-Sharing ist eine gute Ergänzung zum ÖPNV und bietet einen zusätzlichen Anreiz, in Mannheim ohne eigenes Auto zu leben. Es sollte deshalb durch die Stadt weiter gefördert werden. Konkrete Vorschläge wären die Abschaffung von Parkgebühren für Carsharing-Fahrzeuge in städtischen Parkhäusern sowie freies Parken von Carsharing-Fahrzeugen auf sonst kostenpflichtigen öffentlichen Parkplätzen im Stadtgebiet.

Weil es auf den Anfang ankommt: zusätzliche Plätze in Krippen und Kitas in allen Stadtteilen

Antragsteller\*in: Robert

## Änderungsantrag zu A8

Von Zeile 72 bis 74:

Die frühkindliche Bildung soll aus den Augen und Bedürfnissen der Kinder heraus gestaltet werden.  
~~Für eine~~Eine gute räumliche, fachliche und personelle Ausstattung ~~muss garantiert~~wird garantiert.

In Schwerpunkteinrichtungen, mit hohen sozialstrukturellen Belastungen, werden zusätzliche fachliche und personelle Angebote vorgehalten. Damit sollen unterschiedliche Startchancen von Kindern so früh wie möglich konzentriert angegangen und ausgeglichen werden.

## Begründung

Ähnlich wie in Eltern-Kind-Zentren schon ansatzweise begonnen, sind strukturelle Benachteiligungen durch die Geburt in hochbelasteten Stadtteilen auch in Hinblick auf spätere, kostenintensive Hilfebedarfe nach SGB VIII (Hilfen zur Erziehung) möglichst frühzeitig anzugehen. Besondere Personalausstattungen (Quantität) oder besonders qualifiziertes Personal (Qualität) können hier erste Entlastungen geben. Jedoch wäre eine zusätzliche Ausstattung mit Angeboten wie 'Kitasozialarbeit' (analog Schulsozialarbeit) oder Gruppenangebote für Kinder (analog Schülergruppen) und Gruppenangebote für Eltern (analog Stärke-Programme) wünschenswert. Die im SHM-Projekt PERM bis 2019 eingebrachten Ansätze, sollten durch eine Verstetigung auch über die Projektlaufzeit hinaus abgesichert werden, sofern sich in der Perm-Laufzeit positive Effekte ergeben bzw. abzeichnen. Entsprechende Anfragen und Anträge an die Verwaltung sind hier sinnvoll.

Weil es auf den Anfang ankommt: zusätzliche Plätze in Krippen und Kitas in allen Stadtteilen

Antragsteller\*in: Patric Liebscher

## Titel

Ändern in:

Weil es auf den Anfang ankommt: zusätzliche Plätze in Krippen, Kitas und Kinderhorten in allen Stadtteilen

## Änderungsantrag zu A8

Von Zeile 70 bis 74:

Darum fordern wir für alle Stadtteile ausreichend Plätze im Ganztage und mit verlängerten Öffnungszeiten - sowohl in den Krippen als auch im Kita-Bereich und Hort-Bereich.

Die frühkindliche Bildung soll aus ~~den Augen und~~ Bedürfnissen der Kinder heraus gestaltet werden. ~~Für eine~~Eine gute räumliche, fachliche und personelle Ausstattung muss garantiert werden.

## Begründung

Auch Hort-Plätze gehören zur Kinderbetreuung und sind für berufstätige Eltern von hoher Bedeutung. Das geltende Recht verpflichtet die Kommunen, eine ausreichende Anzahl von Hortplätzen zur Verfügung zu stellen, auch wenn es (noch) keinen individuellen Anspruch von Eltern auf einen Hortplatz gibt.

Kein Kind verlieren – voller Einsatz gegen Kinderarmut

Antragsteller\*in: Robert

## Änderungsantrag zu A10

Von Zeile 89 bis 90 einfügen:

im 4. Lebensjahr sehen wir Möglichkeiten betroffenen Kindern und ihren Familien besser und zielgerichteter helfen zu können.

Eine adäquate Ausstattung der Kindertageseinrichtungen mit Personal und Angeboten ist ein Baustein hierzu.

Zusätzlich wird bei der qualifizierten Vermittlung von Alleinerziehenden und Eltern mit mehreren Kindern in Erwerbsarbeit die Versorgung der Kinder mitbedacht und von den zuständigen Fachbereichen und der ARGE verantwortlich mit organisiert. Entsprechend qualifizierte Plätze sind in städtischen Kita-Einrichtungen vorzusehen.

## Begründung

Die Benachteiligung durch Armut sollte nicht nur auf Seiten der Kinder angegangen und ausgeglichen werden, sondern auch durch entsprechende Angebote an die Familien unter Berücksichtigung des besonderen Armutsrisikos 'Alleinerziehend' und 'mehrere Kinder' bearbeitet werden. Die gesellschaftlichen Kosten können so vermutlich deutlich reduziert werden, wenn keine nachfolgenden Hilfen nach SGB VIII erbracht werden müssen, sondern präventiv die Armut durch fehlende oder nicht wahrnehmbare (wg. fehlender Betreuung) Erwerbsmöglichkeiten vermieden wird.

Gemeinsam auf dem Weg in eine barrierefreie und inkludierende Stadtgesellschaft

Antragsteller\*in: Robert

## Titel

Ändern in:

Gemeinsam auf dem Weg in eine barrierefreie und inklusive Stadtgesellschaft

## Begründung

das sperrige Inkludierende soll durch das gängige inklusive (was auch mehr beschreibend ist) ersetzt werden.

Menschenrecht Wohnen umsetzen

Antragsteller\*in: Patric Liebscher

## Änderungsantrag zu A12

Von Zeile 100 bis 102 einfügen:

Geeigneten und bezahlbaren Wohnraum zu finden, ist in Mannheim äußerst schwierig geworden. In weiten Teilen der Innenstadt und der zentrumsnahen Lagen besteht inzwischen Wohnungsnot. Die Stadt und die Mannheimer Wohnungsbaugesellschaft (GBG) dürfen die Entwicklung, preisgünstige Wohnangebote durch Wohnraum im höherpreisigen Segment

Von Zeile 105 bis 107 einfügen:

kommunales Wohnungsbauunternehmen stabilisiert sie den Wohnungsmarkt und muss daher gestärkt werden. Wir GRÜNE fordern, dass die [Leerzeichen]GBG sich auf den Bau von geeignetem und bezahlbarem Wohnraum konzentriert. Inbesondere soll die GBG neue Sozialwohnungen in ausreichender Zahl bauen.

Wohnbaugenossenschaften und Bürgerbauprojekte in Mannheim sollen von der Stadt gefördert werden. Bei der Vergabe städtischer Grundstücke soll ein festes Kontingent an Wohnbaugenossenschaften oder Bürgerbauprojekte vergeben werden. Im Rahmen einer Konzeptvergabe können städtische Grundstücke zu günstigeren Preisen an Wohnbaugenossenschaften oder Bürgerbauprojekte abgegeben werden. Die Stadt prüft, selbst Anteile an Mannheimer Wohnbaugenossenschaften zu erwerben.

Die Stadt soll eine Milieuschutzsatzung (Erhaltungssatzung) nach dem Baugesetzbuch für den Stadtbezirk Neckarstadt Ost prüfen.

Wir fordern die Aufnahme der Stadt Mannheim als Kommune mit angespanntem Wohnungsmarkt in die Mietpreisbegrenzungsverordnung Baden-Württemberg.

## Begründung

Die Wohnungssituation in Mannheim wird immer schwieriger. Das liegt auch daran, dass es in Städten wie Frankfurt und Stuttgart inzwischen kaum noch möglich ist, bezahlbaren Wohnraum zu finden. Entsprechend suchen mehr Menschen eine Bleibe in Mannheim, um dann mit dem ICE nach Stuttgart oder Frankfurt zu pendeln. Hinzu kommt die zunehmende „Landflucht“, die dazu führt, dass insbesondere wegen fehlender Arbeitsplätze, Infrastruktur, schnellen Internets und Ärzten Menschen aus dem ländlichen Umland nach Mannheim ziehen. Die Mieten in der Innenstadt und den zentrumsnahen Lagen steigen seit Jahren erheblich. Auch für Bezieher mittlerer Einkommen ist es schwierig geworden, in Mannheim eine passende Wohnung zu finden. Insofern ist aus meiner Sicht der Begriff „Wohnungsnot“ berechtigt. Auch die neuen Wohnungen auf den Konversionsflächen und an anderen Orten in Mannheim sowie die Sozialquote werden hier nur begrenzt und mit zeitlicher Verzögerung für Entspannung sorgen. Entsprechend hat sich für die nächste Kommunalwahl bereits eine „Mieterpartei“ gegründet, die uns und anderen Parteien des linken Spektrums Konkurrenz machen wird.

Wohnungsgenossenschaften und Bürgerbauprojekte leisten einen wichtigen Beitrag zu bezahlbarem Wohnen in unserer Stadt, gerade für Bezieher mittlerer Einkommen. Sie sollten deshalb von der Stadt finanziell gefördert werden. Bei der Vergabe städtischer Grundstücke sollte ein festes Kontingent an Wohnbaugenossenschaften oder Bürgerbauprojekte vergeben werden (Konzeptvergabe), damit mehr –

im Vergleich zum freien Mietmarkt – günstige Wohnungen entstehen. Die Stadt Mannheim sollte schließlich prüfen, auch selbst Anteile an bestehenden in Mannheim aktiven Wohnungsgenossenschaften zu erwerben. So kann sie Einfluss auf den genossenschaftlichen Wohnungsbau im mittleren Preissegment nehmen. Allein die GBG als städtische Wohnungsbaugesellschaft wird die Wohnungsprobleme in Mannheim nicht lösen können. Die Vorschläge entsprechen teilweise Handlungsempfehlungen der vom Bundesbauministerium eingesetzten Arbeitsgruppe „Bündnis für bezahlbares Wohnen und Bauen“ (vgl. im Übrigen Wohnbaugenossenschaften Zürich | Verband der gemeinnützigen Wohnbauträger: „Partner für nachhaltiges Wohnen: Gemeinden und Wohnbaugenossenschaften“).

In der Neckarstadt-Ost ist es wiederholt dazu gekommen, dass Mieter aus sanierten Häusern ausziehen mussten, weil im Anschluss die Mieten deutlich erhöht wurden oder weil sie bereits im Vorfeld gleichsam aus ihren Wohnungen vertrieben wurden. Städtische Milieuschutzsatzungen können dies verhindern. Beim Verkauf von vermieteten Häusern an Dritte steht der Stadt dann ein Vorkaufsrecht zu, das sie auch zugunsten Dritter (z.B. Wohnungsgenossenschaften, Bürgerbauprojekte, GBG, bewährte private Vermieter oder Wohnungsgesellschaften) ausüben kann.

Ich halte die Einführung der Mietpreisbremse in Mannheim für unbedingt erforderlich. Eine Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung aus dem Jahr 2018 hat gezeigt, dass die Mietpreisbremse keineswegs wirkungslos ist, sondern unter bestimmten Umständen für einen langsameren Anstieg der Mieten sorgen kann. Das soll insbesondere der Fall sein, wenn die Mieten in einer bestimmten Region in den letzten vier Jahren um mindestens 3,9 % gestiegen sind. Das dürfte für die Mannheimer Innenstadt und viele zentrumsnahe Lagen der Fall sein. Die Mietpreisbremse führt dazu, dass Vermieter bei einer Neuvermietung die Miete grundsätzlich nur um 10 % über die ortsübliche Vergleichsmiete anheben dürfen. Aus meiner Sicht ist der Wohnungsmarkt in weiten Teilen Mannheims angespannt. Die Mietpreisbremse kann hier zu Verbesserungen führen, zumal eine Verschärfung durch den Bundesgesetzgeber geplant ist. Umgekehrt kann die Einführung der Mietpreisbremse dem Wohnungsmarkt in Mannheim keinesfalls schaden, da sie für neu gebaute und sanierte Wohnungen nicht gilt.

Sanierungsstau auflösen – Versteckte Verschuldung angehen

Antragsteller\*in: Patric Liebscher

## Änderungsantrag zu A13

Von Zeile 114 bis 115 einfügen:

aktuellen Niedrigzinspolitik wollen wir das pauschale Verbot der Nettokreditaufnahme aufheben.

[Zur Finanzierung der anstehenden Aufgaben streben wir darüber hinaus die Einführung einer Bettensteuer auf Übernachtungen in Mannheimer Beherbergungsbetrieben an.](#)

## Begründung

Das Kongress-Centrum Rosengarten wird von der Stadt so wie alle kommunalen Kongresszentren in Deutschland subventioniert. Diese Subvention nützt vor allem der Mannheimer Hotellerie, die von steigenden Übernachtungszahlen profitiert. Die dort entstehenden Gewinne sollen über eine Bettensteuer – wie sie in vielen anderen deutschen Städten bereits besteht – abgeschöpft werden, auch wenn diese nach einem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts nur von Privatreisenden und nicht von Geschäftsreisenden erhoben werden darf. Der Einschub dient an dieser Stelle auch dazu, den Eindruck zu vermeiden, wir wollten höhere Ausgaben allein über eine höhere Verschuldung finanzieren.

Unser Wirtschaftskreislauf: sozial, regional, nachhaltig

Antragsteller\*in: Patric Liebscher

## Änderungsantrag zu A15

Von Zeile 129 bis 130 einfügen:

Grundstücksvergabe an Projekte in erster Linie an nachhaltigen und sozialen Kriterien orientieren.

Grünflächen und Natur, gute Kinderbetreuungsmöglichkeiten, bezahlbare Mieten und eine gute soziale Infrastruktur sind auch wichtige „weiche“ Wirtschaftsfaktoren, die sich positiv auf die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt auswirken.

## Begründung

Wirtschaft beschränkt sich nicht auf Handwerk, Unternehmen und „harte“ wirtschaftliche Fakten. Auch Ökologie, Kultur und Soziales sind als „weiche“ Faktoren für die wirtschaftliche Entwicklung unserer Stadt von eminenter Bedeutung.

Neue Publikumskreise gewinnen, Begabungen erkennen und fördern

Antragsteller\*in: Mareile

## Titel

Ändern in:

Mannheims Kulturlandschaft für alle Bürger\*innen öffnen

## Änderungsantrag zu A16

Von Zeile 131 bis 132:

Mannheims ~~Kultur~~Kulturlandschaft ist vielfältig, ~~interessant~~ und wächst kontinuierlich weiter. Oftmals fehlt aber zur Erschließung neuer Publikumskreise der inhaltliche Zugang

## Begründung

Prägnanterer Titel, den man sofort versteht.

"Kultur" ist ein zu allgemeiner Begriff. "Interessant" ist m. E. in diesem Kontext ein nichtssagendes und damit überflüssiges Adjektiv.

Ganz Mannheim zur bewegten Stadt machen - mehr Fläche für Sport und Freizeit

Antragsteller\*in: Mareile

## Redaktionelle Änderung

Groß- und Kleinschreibung bei "Sporteln" beachten. (Bei DEM Sporteln)

### Änderungsantrag zu A18

Von Zeile 151 bis 153:

Körperliche und sportliche Aktivitäten tragen wesentlich zum Wohlbefinden und zur Gesundheit des Menschen bei. Beim gemeinsamen „~~S~~ Sporteln“ kommen oft Menschen unterschiedlicher Hintergründe zusammen. Damit ist der Sport ein wertvoller

Ganz Mannheim zur bewegten Stadt machen - mehr Fläche für Sport und Freizeit

Antragsteller\*in: Marcel Lukas

## Änderungsantrag zu A18

Von Zeile 157 bis 158 einfügen:

Konversion auf Franklin und auf Spinelli - ausreichend Raum für Sportflächen eingeplant und realisiert wird. Dabei sollte auch geprüft werden, inwieweit sich leer stehende bzw. ungenutzte Flächen und Gebäude umfunktioniert lassen. Beispielsweise können Dachflächen für die sportliche Nutzung ertüchtigt werden.

## Begründung

Innerstädtisch neue Flächen für Sport- und Freizeitanlagen zu finden ist eine schwierige Aufgabe, vor allem wenn Naturräume und Grünflächen erhalten bleiben sollen. Daher sollten freie, ungenutzte Flächen und Gebäude für die solche Nutzung überprüft werden. Eine Idee in dieser Richtung ist die Nutzung von Dachflächen, da hier keine zusätzliche Fläche genutzt werden muss.

Ganz Mannheim zur bewegten Stadt machen - mehr Fläche für Sport und Freizeit

Antragsteller\*in: Robert

## Änderungsantrag zu A18

Von Zeile 151 bis 154:

Körperliche und sportliche Aktivitäten tragen wesentlich zum Wohlbefinden und zur Gesundheit des Menschen bei. Beim gemeinsamen „~~sporteln~~“Sport kommen oft Menschen unterschiedlicher Hintergründe zusammen. Damit ist der Sport ein wertvoller gesellschaftlicher Beitrag zur Begegnung unterschiedlichster Gruppen, zu Integration und gegen eine fortschreitende Vereinsamung in der Stadt.

Von Zeile 156 bis 158 einfügen:

uns dafür ein, dass im Rahmen der Stadtentwicklung - insbesondere bei der Konversion auf Franklin und auf Spinelli, aber auch bei der Weiterentwicklung von bisher ausschließlich für den PKW-Verkehr genutzten Bereichen - ausreichend Raum für Sportflächen eingeplant und realisiert wird.

## Begründung

'sporteln' nimmt den Stellenwert von Sport für viele Menschen nicht ausreichend wahr. Deshalb lieber die konkrete Bezeichnung Sport.

Die Beschränkung auf die Konversionsflächen scheint mir zu kurz gegriffen. Eine Nutzungsänderung für Straßen und öffentliche Plätze sollte auch Sportangebote beinhalten, seien diese Bolzplätze, Bewegungsspiele oder Basketballanlagen. Damit ist 'Mannheim zur bewegten Stadt machen' auch nicht nur auf den organisierten Sport in den Vereinen beschränkt, sondern auch im Sinne von Bewegungsmöglichkeiten im Alltag denkbar.

Geflüchtete integrieren, Mentoring fördern

Antragsteller\*in: Robert

## Änderungsantrag zu A19

Von Zeile 163 bis 166:

Herausforderungen. Wir GRÜNE wollen, dass in Mannheims Stadtteilen dezentrale Unterbringungsmöglichkeiten zur Verfügung gestellt werden.[Leerzeichen]

Auch in Erstunterbringungen muss eine menschenwürdige Unterbringung jederzeit gewährleistet sein. Geflüchtete sollen dort entsprechend ihren Fähigkeiten in die Gestaltung ihres Alltags eingebunden werden, insbesondere bei Verpflegung und Unterkunft soll ihnen Eigenverantwortung übergeben und nicht der gesamte Alltag mit hohem Aufwand 'verwaltet' werden.

## Begründung

Viele Geflüchtete hatten in ihrem Herkunftsland normale familiäre Abläufe. Diese könnten sie auch hier ausführen, wenn ihnen die Möglichkeiten (Kochgelegenheiten, Lebensmittelauswahl, Gestaltungsmöglichkeiten) gegeben würden. Dabei ist möglicherweise zwischen Familien und Einzelpersonen ohne solche Strukturen zu unterscheiden. Jedoch sollten allen Geflüchteten Angebote zur Eigenverantwortung, zu gemeinsamen Betätigungen und zu Gestaltungsmöglichkeiten gegeben werden. Allerdings sind dabei Vorkehrungen gegen mafiose Strukturen einzuplanen, genauso wie demokratische Bildung einfließen sollte.

Für Diskriminierung Null Toleranz

Antragsteller\*in: Mareile

## Titel

Ändern in:

Null Toleranz für Diskriminierung

## Begründung

Titel umstellen. So ist es weniger holprig und beginnt nicht mit dem seltsam klingenden "Für Diskriminierung".

Den öffentlichen Raum lebenswerter gestalten – baulich verändern und mit Leben füllen

Antragsteller\*in: Mareile

## Titel

Ändern in:

Den öffentlichen Raum angenehmer und lebenswerter gestalten

## Änderungsantrag zu A23

Von Zeile 205 bis 206:

Wir wollen ~~GRÜNE Menschen~~ die Mannheimer Bürger\*innen ermutigen, ihre Nachbarschaft z.B. durch Urban Gardening und Straßenfeste mitzugestalten und zu beleben.

## Begründung

Überschrift m.E. nach zu lang und wenig griffig.

"GRÜNE Menschen" klingt wie eine Einschränkung auf ausschließlich besonders ökologisch interessierte/ parteinahe Bürger\*innen. Hier gemeint ist ja die Ermutigung ALLER Mannheimer\*innen, sich an solchen Aktionen zu beteiligen.

Bürger\*innen eine Stimme geben – Beteiligungsformen weiterentwickeln

Antragsteller\*in: Marcel Lukas

## Änderungsantrag zu A28

Von Zeile 244 bis 245 einfügen:

ergänzen. Ebenso wollen wir das Bürgerinformationssystem attraktiver gestalten und die Nutzung für die Bürgerschaft vereinfachen.

Auch sollte für Sitzungen des Gemeinderates und der Bezirksbeiräte stärker als heute Werbung gemacht werden, um die Mannheimer\*innen auf diese aufmerksam zu machen. Die Termine der Sitzungen sind bei den meisten Bürger\*innen oftmals nicht bekannt.

## Begründung

Oftmals sind die Termine von Gemeinderats- bzw. Bezirksbeiratssitzungen nicht in der breiten Bevölkerung bekannt. Vereinzelt werden für Bezirksbeiratssitzungen (soweit mir bekannt) Plakate gehangen, die auf den Termin und das jeweilige Thema aufmerksam machen. Werbung dieser Art, aber auch das Aushängen der Termine an öffentlichen Orten würde dafür sorgen, dass die Sitzungstermine der Gremien weiter in die Mannheimer Bevölkerung verbreitet werden und somit auch tendenziell mehr Bürger\*innen zu den Sitzungen erscheinen.